

# Sponsored by Rüstungsindustrie

Gaucks Doktrin von der Militarisierung der Außenpolitik erobert die Hochschulen. In Halle (Saale) sitzt ein besonders eifriger Vertreter. **Von Karl Pekovic**

**B**undespräsident Joachim Gauck wirbt seit einigen Jahren für eine »Kultur des Engagements«. Deutschland müsse seine internationale Verantwortung wahrnehmen, das heißt: auch militärisch. Über dieses Projekt einer neuen deutschen Außenpolitik ist sich das Establishment einig. Der Diskurs wird in verschiedenste gesellschaftliche Bereiche getragen, um die Öffentlichkeit von der Legitimität militärischer Interventionen zu überzeugen. Auf der 50. Sicherheitskonferenz in München fragte Gauck in der Eröffnungsrede rhetorisch: »Ist es nicht an der Zeit, dass die Hochschulen mehr anbieten als eine Handvoll Lehrstühle für die Analyse deutscher Außenpolitik? Muss nicht auch die Sicherheitsforschung gestärkt werden?«

Sicherheitsforschung hört sich zunächst nett an, gemeint ist aber militärische Forschung. Aufgrund der Unterfinanzierung der Hochschulen sind diese gezwungen, Drittmittel einzuwerben, die inzwischen die Hälfte der finanziellen Ausstattung ausmachen. Unter den derzeitigen Verhältnissen ist die Wissenschaftsfreiheit eine Freiheit des Geldes, und davon haben Militär und Rüstungsindustrie genügend. 2013 erhielten 26 staatliche Hochschulen Drittmittel in Höhe von 4,8 Millionen Euro allein vom Verteidigungsministerium, wie aus einer kleinen Anfrage der Grünen im Bundestag hervorgeht.



An der Hallenser Universität wirbt die »sicherheitspolitische Community« offensiv für militärische Forschung

An der Martin-Luther-Universität in Halle (Saale) gibt es einen eifrigen Verfechter der Gauckschen Aufrüstungsdoktrin. Professor Johannes Varwick hat seit 2013 den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik inne. Bei seiner Antrittsvorlesung zitierte er just den Bundespräsidenten und stellte direkt klar, dass er den Auftrag Gaucks, also die Stärkung der sogenannten Sicherheitsforschung, vorantreiben werde. Varwick bezeichnet sich selbst als Teil der »sicherheitspolitischen Community«. Durch diese Offenheit und Transparenz stellt Varwick eine Ausnahme dar. Im Internet erfährt man, dass Varwicks Forschung unter anderem durch die NATO, das Verteidigungsministerium und militärpolitische Thinktanks finanziert wurde. Varwick ist auch Mitglied des »Arbeitskreises Sozialwissenschaften und Militär«. Hier treten Wissenschaft und Militär in direkten Austausch.

Seit einigen Jahren erstarkt nun eine Bewegung für die Zivilklausel. 26 Hochschulen haben sich bereits die Selbstverpflichtung auferlegt, Forschung und Lehre auf friedliche und zivile Zwecke auszurichten und militärische Forschung zu verbieten. An der Universität in Halle (Saale) gibt es keine Zivilklausel in der Grundordnung, nur eine abgeschwächte Formulierung im Leitbild der Uni – ohne verbindlichen Charakter. »Prinzipiell« sei es aber möglich, dass die Klausel auch noch in die Statuten der Uni aufgenommen werde, teilte der Uni-Rektor Udo Sträter 2012 gegenüber dem halleschen Hochschulmagazin mit. »Wir setzen uns für eine militärfreie Hochschule ein«, erklärte Anne Geschonneck, Mitglied des Arbeitskreises Zivilklausel in Halle (Saale). Dafür sei die Klausel ein wichtiger Schritt, könne aber nicht das Ende der Fahnenstange sein. »Oft ist gar nicht bekannt, ob es militärische Forschung an den Hochschulen gibt,

weil das geheimgehalten wird«, so Geschonneck. Die Bundesregierung hat 2014 die Beantwortung einer kleinen Anfrage der Linksfraktion bezüglich Kooperationen von Hochschulen mit dem Verteidigungsministerium und der Rüstungsindustrie abgelehnt, weil eine Veröffentlichung den Sicherheitsinteressen der BRD entgegenstehe.

Diese Intransparenz macht es auf der einen Seite fast unmöglich, konkrete Forschungsvorhaben zu skandalisieren, und andererseits kann eine Zivilklausel dadurch umgangen werden. Ende 2013 ist nach Recherchen des NDR und der *Süddeutschen Zeitung* bekanntgeworden, dass an mehreren Hochschulen, die sich friedlicher Wissenschaft verschrieben hatten, dennoch militärisch geforscht wird. Für Geschonneck ist daher klar: »Die Einführung einer Zivilklausel muss Hand in Hand mit einer Transparenzklausel gehen. Ansonsten ist sie ein zahnloser Tiger.«

